

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. April 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	16, 20	Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	38, 39
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	9, 10	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	8, 48
Blank, Renate (CDU/CSU)	40, 41	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.)	28, 51
Burgbacher, Ernst (F.D.P.)	24, 25	Lippmann, Heidi (PDS)	26, 27
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	4, 5	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	12, 23
Flach, Ulrike (F.D.P.)	1	Müller, Elmar (Kirchheim) (CDU/CSU)	21, 22
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	2, 3	Niebel, Dirk (F.D.P.)	19
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	44, 45	Parr, Detlef (F.D.P.)	6, 7
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	36, 37	Polenz, Ruprecht (CDU/CSU)	42, 43
Henke, Hans Jochen (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	11
Hirche, Walter (F.D.P.)	14, 15	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	56, 57
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	29, 30	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	52
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	54, 55	Siemann, Werner (CDU/CSU)	31, 32
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	34	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	58
Hübner, Carsten (PDS)	49, 50	Straubinger, Max (CDU/CSU)	13, 33
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	46, 47	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	35, 53

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordnete
**Ulrike
Flach**
(F.D.P.)
Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen die Jagderlaubnis des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für Wildtauben und Möwen in der Brut- und Aufzuchtzeit abzuwenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und
Sozialordnung**

2. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)
Welcher finanzielle Schaden entsteht bei der Bundesanstalt für Arbeit, weil die zur Realisierung des Konzeptes „Arbeitsamt 2000“ notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologie zu dem vereinbarten Zeitpunkt nicht einsatzfähig gewesen sind?
3. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)
Auf welche Weise und mit welchem Zeitplan soll nun das Konzept „Arbeitsamt 2000“ bezüglich der Kommunikationstechnologie einsatzfähig gemacht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

4. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)
Rechnet die Bundesregierung insgesamt mit einer Zu- oder Abnahme der Erziehungsgeldempfänger, falls der am 29. März im Kabinett beschlossene Entwurf einer Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes in Kraft treten würde im Vergleich zu der Situation, die ohne die Gesetzesänderung bestehen würde?

5. Abgeordnete
Maria Eichhorn
(CDU/CSU)
- Gibt es Erziehungsgeldempfänger, die durch die geplante Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes in Bezug auf die Höhe des Erziehungsgeldanspruchs schlechter gestellt wurden als durch das bestehende Gesetz, und wenn ja, für welche Einkommensgruppen gilt dies bei Antragstellern mit Partner und bei allein Erziehenden (jeweils mit einem Kind)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.)
- Welche biomedizinisch und bioethisch relevanten Gesetzgebungsvorhaben beabsichtigt die Bundesregierung in der laufenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorzulegen, die zu den Themenkreisen der am 24. März 2000 von ihm eingesetzten Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ gehören?
7. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.)
- Wann und auf welche Art und Weise wird die Bundesregierung zu dem von der Bundesärztekammer am 24. Februar dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellten Diskussionsentwurf einer Richtlinie zur Präimplantationsdiagnostik Stellung nehmen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche wissenschaftlichen Vorhaben, die sich mit der Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland oder in der DDR befassen, werden von der Bundesregierung zurzeit in welchem Umfang gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU)
- Trifft die Information der WIRTSCHAFTSWOCHE Nr. 12 vom 16. März 2000 zu, in der es heißt, das Bundesministerium der Finanzen nehme im Rahmen der Unternehmenssteuerreform vom geplanten Optionsmodell Abstand, und wenn ja, wann wird das Bundesministerium der Finanzen den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages davon unterrichten?
10. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU)
- Sehen die Überlegungen des Bundesministeriums der Finanzen in diesem Zusammenhang vor, den Spitzensteuersatz nicht, wie geplant, auf 45 Prozent, sondern noch weiter zu senken?
11. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Mit welchen Gründen hält die Bundesregierung es für gerecht, dass nach ihren Gesetzentwürfen zum Steuerrecht ein Risikokapitalfonds, der beispielsweise mit einer Beteiligung von 2 Mio. DM in einem Unternehmen einer Zukunftsbranche eingestiegen ist und bei Veräußerung der Beteiligung 50 Mio. DM Erlösen kann, dafür keine Körperschaftsteuer zu zahlen hat, wogegen der Existenzgründer, der mit seinen Ideen und seinem Einsatz sein Unternehmen zum Erfolg führt und bei einer Veräußerung ebenfalls einen Gewinn von 48 Mio. DM realisiert, 10,8 Mio. DM Steuer zahlt – während nach geltendem Recht der Fonds bei Ausschüttung der Erlöse 14,4 Mio. DM Steuern gezahlt hätte?
12. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie äußert sich die Bundesregierung dazu, dass das Bundesministerium der Finanzen Briefe über die Unternehmenssteuerreform an mittelständische Unternehmen versendet hat, in denen auf die zahlreichen Probleme, die auch auf der öffentlichen Anhörung zur Unternehmenssteuerreform zur Sprache gekommen sind, überhaupt nicht eingegangen wurde?
13. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, einer Erhöhung von Pauschalbeträgen (ohne Nachweis des tatsächlich erbrachten materiellen Aufwandes) für steuerfreie Aufwandsentschädigungen laut § 3 Nr. 12 Satz 2

- Einkommensteuergesetz auf mindestens 300 DM pro Monat für ehrenamtliche Tätigkeiten (wie bei Übungsleitern) zuzustimmen?
14. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um die beihilferechtlich als problematisch angesehenen Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abschließend zu klären?
15. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit einer einvernehmlichen Klärung dieser Fragen durch die EU-Kommission, damit die bestehende Rechtsunsicherheit, die mit den Regelungen des EEG verbunden ist, behoben werden kann?
16. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Sind die Finanzbehörden des Bundes vor der im Magazin „Stern“ vom 13. Januar 2000 gemeldeten steuerlichen Anerkennung von „nützlichen Aufwendungen“ (Provisionen) des Thyssen-Konzerns in Höhe von 220 Mio. DM durch Finanzbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen kontaktiert worden?
17. Abgeordneter
Hans Jochen Henke
(CDU/CSU)
- Stimmen Berichte des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, wonach der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, ungeachtet der laufenden Gespräche der am Debtmanagement des Bundes beteiligten Institutionen entschlossen ist, an seinen seitherigen Plänen festhalten will, eine neu zu gründende GmbH mit dieser Aufgabe zu betrauen, und wie begründet die Bundesregierung diese Entscheidung?
18. Abgeordneter
Hans Jochen Henke
(CDU/CSU)
- Welche alternativen Organisationsmodelle zur Neuorganisation des Debtmanagements des Bundes ist die Bundesregierung bereit, ergebnisoffen zu prüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

19. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Initiative zu ergreifen, dass bei öffentlichen Auftragsausschreibungen nicht tariftreue Unternehmen von der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden, und wenn ja, wird beabsichtigt, diese Regelung auf innerbetriebliche Sanierungsverträge auszudehnen, die von den Tarifvertragsparteien noch nicht anerkannt wurden, wie z. B. im Fall Philipp Holzmann AG?
20. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche finanzielle Förderung des A3XX-Projektes eines europäischen Großflugzeuges hält die Bundesregierung in welchem Zeitraum für denkbar?
21. Abgeordneter
**Elmar
Müller
(Kirchheim)**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung das Vertrauen in die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auch nach der „allgemeinen Weisung“ des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Werner Müller, zum Briefporto noch für ausreichend, dass diese ihre bis dahin erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann?
22. Abgeordneter
**Elmar
Müller
(Kirchheim)**
(CDU/CSU)
- Mit welchen Argumenten begegnet die Bundesregierung dem Vorwurf, wonach sie kein wirkliches Interesse mehr an dem zum 1. Januar 2003 gesetzlich fixierten Ende des Briefmonopols habe?
23. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Presseberichte zutreffen, wonach die zuständigen Referate des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie angewiesen worden sind, keinen weiteren Kontakt mehr mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks zu haben, und wenn ja, erhalten die für den Mittelstand wichtigen Ausbildungszentren auch in Zukunft die gleichen Haushaltsmittel wie bisher?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(F.D.P.)
- Sind alle im Bereich der 10. Panzerdivision seit Oktober 1997 als KLV-Stabsoffiziere auf A 14 Dienstposten eingesetzten Majore zum Oberstleutnant befördert worden, oder ist deren Beförderung in diesem Jahr oder spätestens bis zum Auslaufen dieser Dienstposten (Ende März 2001) geplant?
25. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(F.D.P.)
- Wird für alle KLV-Stabsoffiziere der 10. Panzerdivision sichergestellt, dass die Beförderung zum Oberstleutnant und Einweisung in A 14 so zeitgerecht vollzogen wird, dass ihnen aufgrund der Änderung des § 5 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz keine versorgungsrechtlichen Nachteile entstehen?
26. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS)
- Belegen nach Auffassung der Bundesregierung die Original-Dokumente der „Operation Hufeisen“ die Ende 1998/Anfang 1999 angeblich vorhandene Absicht der politischen und militärischen Führung Jugoslawiens und/oder Serbiens einer systematischen und vollständigen Vertreibung der albanischen Bevölkerung des Kosovo, und/oder belegen sie die damalige Absicht, die militärischen Verbände der UCK im Kosovo zu zerschlagen?*)
27. Abgeordnete
Heidi Lippmann
(PDS)
- Wird die Bundesregierung die Dokumente der „Operation Hufeisen“ der Öffentlichkeit zugänglich machen, um ihre jugoslawische bzw. serbische Herkunft zweifelsfrei nachvollziehbar zu machen und den tatsächlichen Gegenstand der damaligen Planungen zu beweisen, oder wird die Bundesregierung diesbezügliche Beweise auf andere Weise erbringen?*)
28. Abgeordnete
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(F.D.P.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem öffentlich erhobenen Vorwurf, dass der zur Rechtfertigung des NATO-Bombardements Jugoslawiens herangezogene so genannte Hufeisenplan möglicherweise gar nicht existiert habe?*)

*) siehe hierzu auch Fragen 49, 50, 51

29. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Aufgrund welcher Planungen und Vorgaben wurde entschieden, in Standortschießanlagen eingesetzte, zum Austausch fällige Gummigranulatkugelfänger nicht auszutauschen, obwohl deren Ersatz im Rahmen der Bauunterhaltung zum Erhalt der Sicherheit beim Ausbildungsbetrieb in Standortschießanlagen unabdingbar ist?
30. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise soll nach daraus resultierenden kurzfristig zu erwartenden Stilllegungen von Schießanlagen der Ausbildungsbetrieb in den die Standortschießanlagen nutzenden Einheiten sichergestellt werden?
31. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, die Bundeswehr sei nicht mehr in vollem Umfang bündnisfähig (Interview im Deutschland-Funk am 26. März 2000), und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie bis zum Vorliegen des Berichtes der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ ergreifen, um diesen Zustand abzumildern?
32. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Beteiligungen deutscher Firmen an Ausschreibungen der Vereinten Arabischen Emirate hinsichtlich der Modernisierung ihrer Streitkräfte vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

33. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Unter welchen Bedingungen hat die Bundesregierung einer Vorfinanzierung der A 31 durch das Land Niedersachsen, der Landkreise und privaten Unternehmer, wie im Interview mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, in der Süddeutschen Zeitung vom 10. März 2000 von diesem dargelegt, zugestimmt, und bringen die Landkreise und die Unternehmer den Finanzanteil von 135 Mio. DM aus Eigenmitteln auf?

34. Abgeordneter
**Josef
Hollerith**
(CDU/CSU)
- Welche Landkreise und Unternehmer haben die Finanzmittel in Höhe von 135 Mio. DM für die Vorfinanzierung der A 31 aufgebracht, und wie ergeben sich die Einzelbeträge?
35. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Uhl**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Beginn von Vorwegmaßnahmen zum Weiterbau der Autobahn A 99 zuzustimmen, nachdem die Landeshauptstadt München hierfür 13 Mio. DM zur Verfügung stellt und die Bundesregierung in ihrem „Antistauprogramm“ den eigentlichen Baubeginn für das Jahr 2003 ohnehin in Aussicht gestellt hat?
36. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Straßenbauprojekte des „Vordringlichen Bedarfs“ aus dem Bundesverkehrswegeplan 1992 sofort in die Finanzierung des Investitionsprogramms der Bundesregierung aufgenommen werden, sobald der Planfeststellungsbeschluss und damit die Baureife für diese Projekte vorliegt?
37. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Maßnahmen des „Investitionsprogramms 1999–2002“ ab dem Jahr 2003 planmäßig weiter abzufinanzieren, und ist es richtig, dass sich dies bei dem gegebenen Finanzumfang bis ca. zum Jahr 2020 erstrecken wird?
38. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(F.D.P.)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung einen Haushaltstitel zur Globalfinanzierung für die Instandhaltung von Schienenwegen bisher noch nicht freigegeben hat, und falls ja, welche konkreten Bauprojekte sind hiervon betroffen?
39. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(F.D.P.)
- Sind z. B. durch Einwendungen seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen oder der Deutschen Bahn AG einzelne Projekte, die über diesen Haushaltstitel abgewickelt werden, blockiert, und um welche Projekte handelt es sich hierbei?

40. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen auf den Hubschrauberrettungsdienst erwartet die Bundesregierung durch die nationale Umsetzung der europäischen Anwendungsbestimmungen über die gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Sachen in Hubschraubern (JAR-OPS 3) und der dazu gehörigen „6. Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät“, die vorsieht, dass bis zum 30. September 2003 alle Ausnahmeregelungen für Hubschrauberlandeplätze an Krankenhäusern und Uni-Kliniken aufzuheben sind?
41. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass durch diese geänderte Betriebsordnung der Europäischen Luftfahrtbehörde ca. 90% der 1 500 Landeplätze vor deutschen Krankenhäusern und Universitäts-Kliniken von den Rettungshubschraubern nicht mehr angefliegen werden dürften, und welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die mögliche Beeinträchtigung des Hubschrauberrettungsdienstes und die damit verbundenen Folgen für Notfallpatienten zu vermeiden?
42. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Reformüberlegungen zum Aufbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, und nach welchem Zeitplan geht die Bundesregierung hier vor?
43. Abgeordneter
**Ruprecht
Polenz**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Aussagen zur künftigen Zahl der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

44. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Wie sieht das inhaltliche Konzept der Bundesregierung für die Ansiedlung einer Ausbildungseinrichtung für Studenten bei der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) – Forschungszentrum Informationstechnik GmbH – in Schloss Birlinghoven in Sankt Augustin aus, und

welche Partner sollen sich nach der Vorstellung der Bundesregierung an der Finanzierung dieses Projekts beteiligen?

45. Abgeordneter
Norbert Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzungsmöglichkeit für die Ansiedlung einer Ausbildungseinrichtung für Studenten bei der GMD, und wie sind solche Pläne mit der beabsichtigten Fusion der GMD mit der Fraunhofergesellschaft e. V. (FhG) in Einklang zu bringen?
46. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung vor dem Hintergrund der Intervention des Bundeskanzlers zur Abwendung des Konkurses des Holzmann-Konzerns bekannt, welche Auswirkungen die Krise des Konzerns auf die dortige Bereitschaft, Lehrlinge auszubilden, hat, und welche Tendenzen und Perspektiven sich ergeben?
47. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Wie viele Lehrlinge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung – in absoluten wie in prozentualen Zahlen bezogen auf die Mitarbeiterzahl des Konzerns – im Zeitraum von 1995 bis heute ausgebildet, und welche staatliche Förderung erfuhr der Holzmann-Konzern dabei?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

48. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Auf welche kriegsbedingt sich heute im Ausland befindlichen kulturellen und archivalischen Einzelbestände erhebt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlichen Anspruch, und wie ist der jeweilige derzeitige Sachstand bei den Verhandlungen der Bundesregierung mit denjenigen Staaten, mit denen die Bundesregierung über eine Rückführung der Bestände verhandelt?
49. Abgeordneter
Carsten Hübner
(PDS)
- Lassen nach Auffassung der Bundesregierung die Autopsieprotokolle des finnischen Pathologenteams, das ab Januar 1999 im Auftrag der EU mit der gerichtsmmedizinischen Untersuchung des „Massakers von Racak“ betraut war, den Schluss zu, dass unbe-

waffnete, wehrlose kosovo-albanische Zivilisten von serbischen Sicherheitskräften hinrichtungsähnlich getötet bzw. ermordet wurden, und schließen die Autopsieprotokolle aus, dass es sich bei den in Racak Getöteten um UCK-Kämpfer gehandelt hat?*)

50. Abgeordneter
Carsten Hübner
(PDS)
- Wird die Bundesregierung die Autopsieprotokolle des finnischen Pathologenteams, das ab Januar 1999 im Auftrag der EU mit der gerichtsmedizinischen Untersuchung des „Massakers von Racak“ betraut war, veröffentlichen, um zu beweisen, dass in Racak unschuldige Zivilisten von serbischen Sicherheitskräften hingerichtet wurden, oder beabsichtigt die Bundesregierung, diesbezügliche Beweise auf andere Weise zu erbringen?*)
51. Abgeordnete
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(F.D.P.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem öffentlich erhobenen Vorwurf, dass das zur moralischen Legitimation des NATO-Bombardements Jugoslawiens herangezogene Massaker von Racak nicht in der auch von der Bundesregierung behaupteten Form stattgefunden habe?*)
52. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um eine Harmonisierung der Richtlinien für Rüstungsexporte auf europäischer Ebene zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

53. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung gegenüber der italienischen Regierung zu reagieren, nachdem am 27. Februar 2000 am Münchner Rangierbahnhof Nord aufgegriffene illegal auf dem TEC 42806 (Verona-München) eingereiste irakische Kurden Beamten des BGS zu Protokoll gegeben haben, dass sie auf Anraten von italienischen Polizeibeamten, die sie zur Ausreise aufforderten, den italienischen PERMESSO DI SOGGIORNO PER STRANIERI vernichteten, offenbar um damit eine drohende

*) siehe hierzu auch Fragen 26, 27, 28

- Rückführung der Illegalen nach Italien zu verhindern, und teilt sie die Auffassung, dass es sich hierbei um eine bewusste Verletzung des Schengener Abkommens handelt?
54. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen haben deutsche, in die Länder des ehemaligen Ostblocks zur Zwangsarbeit Deportierte Leistungen nach Kriegsfolgengesetz, Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz oder Häftlingshilfegesetz erhalten, und in welcher Leistungsspanne (Mindestzahlung, Höchstzahlung) im Einzelfall?
55. Abgeordneter
Martin Hohmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich nach dem Ergebnis der Verhandlungen über Entschädigungen von jüdischen und osteuropäischen NS-Zwangsarbeitern für eine vergleichbare Entschädigung des Bundes für die deutschen Zwangsarbeiter einzusetzen, die bisher keine Leistungen nach Kriegsfolgengesetz, Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz oder Häftlingshilfegesetz erhalten haben?
56. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit die am 28. März 2000 in der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ zitierten Abhörprotokolle bzw. Akten über die Personen Horst Weyrauch, Uwe Lüthje und Dr. Helmut Kohl dem Tagesspiegel übergeben, und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage ist dieses geschehen?
57. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesbeauftragte die Akten bzw. Protokolle vom Tagesspiegel wieder eingefordert?
58. Abgeordnete
Dorothea Störr-Ritter
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesminister des Innern seiner Rechts- und Dienstaufsichtspflicht gegenüber dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit nachgekommen hinsichtlich einer Verletzung des besonderen Verwendungsverbotes (§ 5 StUG) durch eine Weitergabe der am 28. März 2000 in der Zeitung „Der Tagesspiegel“ zitierten Protokolle, und wenn nicht, welche Aufsichtsmaßnahmen wird der Bundesminister des Innern gegenüber dem Bundesbeauftragten ergreifen?

